Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, u. in den Annahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile unterm Strich, Eingesandt 40 Pf., Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. (für Familiennachrichten v. J. bes. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2098.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

43. Jahrgang.
Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Curt Heinsius Kgl. Hofl. Dresden-N., Kurfürstenstr., Ecke Tieckstrasse, Fernspr.-A. II. 2100. Mehrjährige Garantie. 6 Mal prämiirt, 80,000 Stück in Function. Kostenfreie Probe.
Geräuschlose Thürschliesser. Mit doppelter Luftentleerung. Gewaltsames Schliessen schadlos.

Closets & Badeartikel in grösster Auswahl billigst! Friedrich Gappisch Königl. Sächs. Hoflieferant, DRESDEN-A. Marienstr. 11, gegenüber 3 Raben, Fabrik: Flaschberplatz.

L. Weidig, Waisenhausstr. 34
Neuheiten
elegant garnirter Damenhüte, grosses Lager in Trauerhüten
Regelmässige, persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin und Paris.

Gewissenhaft, mässige Preise. Patent-Bureau Reichelt, Hauptstr. 4, Dresden-N. Erwirkung und Verwertung in all. Staaten, Marken-Muster und Gebrauchs-Muster-Schutz. Musterausstellung. Auskunft kostenlos. Telegr. Amt II. Nr. 20. Inhaber: Emil Reichelt, Ing. u. Patent-Anw.

Dr. Kadner's Sanatorium
Niederlössnitz bei Dresden.
Diätkuren.
Comfortables Haus. Elektrisches Licht.

Linoleum uni, Parquet und Teppichmuster, bis 3,60 breit, in grosser Auswahl. Granit, Inlaid durchgehend.
Linoleumläufer in allen Breiten.
Linoleum-Teppiche 150×200, 275×310, 180×270, 275×300, 300×550, 200×300, 360×450.
Otto Müller 7 Schössergasse 7.

Nr. 308. Spiegel: Lage in Oesterreich. Hofnachrichten, Excell. v. Rudorff †, König Albert als Feldherr, Winterwitterung, Hochschul-Commers, Gerichtsverhandlungen. „Der G'wissenswurm". | Muthmaßl. Witterung: Heiter, kälter. | Dienstag, 8. November 1898.

Zur Lage in Oesterreich.

Eine höhere Sache habe er im Auge, nämlich den österreichischen Staatsgedanken, der nicht durch die Angriffe der Herren Wolf und Schönerer wankend gemacht werden könne: so versicherte der Minister-Präsident Graf Thun in der letzten Sitzung des Wiener Abgeordnetenhauses, in der von Seiten der deutschen Opposition ein heißer Streit um den Antrag geführt wurde, das Kabinet in Anklagezustand zu versetzen wegen des verfassungswidrigen Gebrauchs, den es von dem Nothverordnungs-Paragraphen 14 gemacht habe. Das Selbstbewußtsein, mit dem Graf Thun den Schutz des österreichischen Staatsgedankens für sich in Anspruch genommen hat, mag vielleicht in den Kreisen der ihm blind ergebenen Mehrheit dem Mangel an sachlichen Gründen für seine Behauptung ersetzen. Die Deutschen dagegen werden es sich nicht nehmen lassen, den Ausspruch des Grafen Thun auf seinen inneren Werth zu prüfen, und zu dem Zwecke vor allen Dingen die Frage stellen: „Wie hat sich die angebliche gesammtösterreichische Gesinnung des Ministerpräsidenten bei der Anwendung des vielberufenen § 14 erwiesen?" Nach der Verfassung besteht das Nothverordnungsrecht der Regierung an Stelle der ordnungsmäßigen Verabschiedung eines Gesetzes im Reichsrath nur für solche ausnahmsweise Verfügungen, die keinen Aufschub zulassen, deren Wirksamkeit von ihrem sofortigen Inkrafttreten abhängt, sodaß ein Abwarten der Einberufung des Parlaments mit Rücksicht auf die in Frage stehenden dringlichen Interessen nicht angängig erscheint. Die Nothverordnung trifft also nur auf unvorhergesehene plötzliche Fälle zu und ihre Anwendung ist ausdrücklich ausgeschlossen mit Bezug auf solche Anordnungen, die eine dauernde Belastung des Staatsschatzes zur Folge haben würden. Um diese Beschränkungen des Nothverordnungsrechtes, deren Fortfall gleichbedeutend wäre mit einem Todesstoße für das konstitutionelle Leben überhaupt, hat sich die Wiener Regierung schon seit längerer Zeit gar nicht mehr gekümmert. Einstellung dauernder Ausgaben, Rekrutenbewilligungen, Steuerausschreibungen, mit einem Worte, Alles was den Grund der Befugnisse des Reichsraths berührt, wird seit etwa Jahresfrist in Oesterreich einfach mit einem Federstrich vom Ministertische aus erledigt; der famose § 14 hilft aus aller Noth. Die weitestgehende Anwendung des „Noth-Paragraphen" aber steht noch bevor. Auch die Gegenstände des Ausgleichs mit Ungarn mit ihrer intensiven Bedeutung für das gesammte politische und wirthschaftliche Leben Oesterreichs sollen nach der unverhohlenen Absicht der Regierung und der Mehrheit mit Hülfe jenes verhängnißvollen Paragraphen in die innere Politik der Monarchie eingeschwärzt werden. Das heißt nichts Anderes, als daß auf 10 volle Jahre der Reichsrath zum Schweigen verdammt sein soll in allen den Fragen, die die Regelung des Verhältnisses Oesterreichs zu Ungarn betreffen. Nicht mehr und nicht weniger als 22 zum Theil recht umfangreiche Gesetzesvorlagen werden der Zuständigkeit des Reichsraths entzogen und kurzer Hand im Verordnungswege zum geltenden Recht gemacht! Ist das nicht ein Zustand, der Alles auf den Kopf stellt, der auch Diejenigen, die nur die allerbescheidenste Meinung von dem parlamentarischen Mitwirkungsrecht des Volkes an der Regelung der öffentlichen Angelegenheiten haben, mit Furcht vor der Zukunft erfüllen muß?

Die Lage wird mit jedem Tage umwölkter, mit der sich die Absicht der Regierung, den § 14 zum allgemeinen Sorgenbrecher und zur dauernden Einrichtung zu machen, klarer herausstellt. Nichts ist bezeichnender für die eigentlichen Pläne des Grafen Thun als seine schroffe Zurückweisung des zu sachlicher Verhandlung des Ausgleichs bereiten deutschen Großgrundbesitzes, als die Amtsenthebung des deutschen Handelsministers Dr. Baernreither in eben dem Augenblicke, wo seine politischen Freunde, die Vertreter des deutschen Großgrundbesitzes, der Regierung den, wie man normaler Weise annehmen mußte, Gefallen thaten, von der Obstruktion zur Opposition einzuschwenken und dadurch eine sachliche Berathung des Ausgleichs zu ermöglichen. In Wirklichkeit empfand aber Graf Thun die veränderte Taktik der deutschen Opposition als einen Akt scharfer Feindseligkeit, weil ihm nur um die Obstruktion zu thun war, damit er den Reichsrath nach Hause schicken und den § 14 auf den Schild erheben konnte. Er begegnete daher dem ersten unerwarteten Abstimmungserfolge, den die taktische Schwenkung des deutschen Großgrundbesitzes im Abgeordnetenhause bei der ersten Berathung über den Ausgleich davontrug, dadurch, daß er fortan nicht mehr an die „geehrte Majorität" appellirte, die sich ja als unzuverlässig erwiesen hatte, sondern seine Regierung ausdrücklich als ein reines „Kabinet der Rechten" kennzeichnete. Zum mehreren Beweise dessen — kleine Züge verrathen oft große Entwickelungen — nahm auch der Nachfolger des Herrn Dr. Baernreither, entgegen der eingewurzelten Tradition des Hauses, nicht auf der gewohnten äußersten Linken der Ministerbank, wo bisher stets der Handelsminister gesessen hatte, Platz, sondern präsentirte sich zur Verwunderung der Abgeordneten ganz entgegengesetzt auf der äußersten Rechten, indem er dadurch gewissermaßen den neuen Adam des Parlaments symbolisirte. Die so geehrte Rechte verstand den Grafen Thun nur zu gut. Der stillschweigend vereinbarte Preis, den sie zu zahlen hatte, war die Vereitelung der sachlichen Erledigung des Ausgleichs unter allen Umständen und die Freimachung der Bahn für die Anwendung des § 14. Heute zweifelt Niemand mehr, daß es auf die eine oder die andere Weise thatsächlich so kommen werde. Zu bedauern ist dabei im deutschen Interesse am meisten das unnütze taktische Opfer des deutschen Großgrundbesitzes, der durch sein im gesammtösterreichischen Interesse wohlgemeintes und auch zuerst von Erfolg gekröntes Vorgehen den unliebsamen Schlußeffekt erzielt hat, daß das leitende Komitee der deutschen Opposition, die Obmänner-Konferenz der Klubs, infolge der Meinungsverschiedenheiten über die Haltung des Großgrundbesitzes in die Brüche ging, womit die deutsche Gemeinbürgschaft formell aufgehört hat zu existiren.

Trotzdem werden sich die Deutschen materiell immer wieder zusammenfinden, wo es die rücksichtslose Vertheidigung ihrer bedrohten heiligen Rechte gilt. Diese Zuversicht hat sich bei der Berathung des Anklageantrags betreffs des § 14 bereits bewährt. Selten ist ein Antrag auf Versetzung der Regierung in den Anklagezustand so ernst gemeint gewesen wie der vorliegende. Der Gebrauch, den das Ministerium von dem Nothparagraphen gemacht hat, ist so eklatant verfassungswidrig, erschüttert so sehr die Grundlage jedes verfassungsmäßigen Rechtes, daß es schlechtweg unbegreiflich erscheinen muß, wie eine Mehrheit, sei sie auch noch so regierungsfreundlich, sich dazu hergeben konnte, die „je nach der Auffassung kindische oder herausfordernde, in jedem Falle aber jedes sachlichen Inhalts entbehrende" Rede, mit der Graf Thun die Anklage beantwortete, mit frenetischem Beifall zu lohnen. Nicht für der Mühe werth hielt es Graf Thun, auch nur den Versuch einer Rechtfertigung, eines sachlichen Eingehens auf die Anklage zu unternehmen. Ganz im Tone des „Sic volo sic iubeo" warf er blos einige allgemeine Redensarten hin, deren Kürze in diesem Falle nicht des Witzes Würze war. „Ich will und Ihr müßt!" So klang es unzweideutig aus dem Munde des leitenden Ministers, und die Rechte beging politischen Selbstmord, indem sie dem Ministerpräsidenten zujubelte, blos um ihren Haß an den Deutschen zu kühlen. In der That, der Parlamentarismus in Oesterreich hat infolge dieser Selbstdegradation eine so tiefgehende moralische Einbuße erlitten, daß, man mit Recht die Frage aufwerfen darf, ob eine Wiedereinsetzung des Reichsraths in seine vollen verfassungsmäßigen Rechte nach solchen Vorgängen überhaupt noch möglich erscheint. Wenn der Parlamentarismus als solcher noch einen Funken von Selbstachtung in sich hatte, so mußte nach dem Auftreten des Grafen Thun in der entscheidenden Sitzung der Anklageantrag unbedingt, ohne Rücksicht auf parteipolitische und nationale Meinungsverschiedenheiten, angenommen und die Sache vor den Staatsgerichtshof gebracht werden. Ein Parlament, das derartig seine eigenen grundlegenden Rechte mit Füßen tritt, begiebt sich selbst jedes Rechtes auf Existenz. Man wird nun mehr als je mit der Wahrscheinlichkeit einer Entwickelung rechnen müssen, die die Wahlen zum Reichsrath wieder in die Landtage verlegt, sodaß der Reichsrath dann nur aus Delegationen der Landtage bestehen würde. Was das für den gesammtösterreichischen Gedanken zu bedeuten hat, liegt auf der Hand. Die slavisch-czechische Hochfluth würde uneingeschränkt heranbranden und ein Stück nach dem andern von der österreichischen Staatseinheit herunterreißen. Ein solches Oesterreich würde den Halt sowohl nach Innen wie nach Außen verlieren. Die Bündnißfähigkeit der Monarchie würde ernstlich in Frage gestellt, auch die Armee würde schließlich — die Zde-Streitigkeiten bei den letzten Kontrolversammlungen haben bereits einen Vorgeschmack davon gegeben — den nationalen Hetzereien nicht mehr entrückt bleiben und im Innern würden die nationalen Sonderbestrebungen wahre Orgien feiern. Das müßte dann nothgedrungen dazu führen, daß der Schwerpunkt der Regierung mehr und mehr von Wien nach Budapest verlegt würde. Die vom Kaiser verfügte Beseitigung des den Magyaren mißliebigen Denkmals des Generals Hentzi in Budapest, der am 21. Mai 1848 seine Treue gegen den Kaiser und Oesterreich in der Ofener Burg mit dem Tode besiegelte, giebt einen eindrucksvollen Beweis dafür, wie weit Kaiser Franz Joseph in der Zuvorkommenheit gegen Ungarn schon gehen zu müssen glaubt, um die Monarchie wenigstens einigermaßen im Gleichgewicht zu erhalten. Wann wird der Retter kommen diesem Lande, der, ein österreichischer Bismarck, nicht blos den Worten, sondern der That nach ein höheres Ziel, nämlich den österreichischen Staatsgedanken, im Auge hat?

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 7. November.

* **Berlin.** Telegramm aus Damaskus, 7. Novbr., Abends. Die Majestäten sind kurz nach 5 Uhr unter geradezu frenetischem Jubel der Bevölkerung und bei prachtvoller Illumination in Damaskus eingetroffen. Die Eisenbahnfahrt über den Libanon war höchst genußreich, die Bergluft sehr erfrischend. Alles ist wohl.

* **Damaskus.** Das Kaiserpaar traf Nachmittags 5 Uhr hier ein und hielt seinen Einzug unter dem Donner der Geschütze und Musikfanfaren in die festlich geschmückte und illuminirte Stadt. Die Kaiserin fuhr in einem vierspännigen Wagen, der Kaiser war zu Pferde. Infanterie und Kavallerie, sowie Schüler bildeten Spalier. Die Bevölkerung, die in ungeheurer Menge herbeigeströmt war, hielt die Straßen und Dächer dicht besetzt und begleitete die Majestäten mit unbeschreiblichen Jubelrufen. Die Illumination ist eine allgemeine; Gasterne, Lampions und Laternen leuchten überall, selbst von den Bäumen. Das Wetter ist schön. Im Militärjerail findet um 7 Uhr das Diner statt.

Berlin. Die Blätter erinnern daran, daß Generalfeldmarschall Prinz Georg von Sachsen morgen den Tag, an welchem er vor 25 Jahren das Kommando des Königl. Sächs. Armeekorps übernahm, begeht, und heben seine militärischen Verdienste hervor. — Die beiden Söhne des Prinzen Heinrich, Waldemar und Siegismund, werden auf Anordnung des Kaisers das Weihnachtsfest mit der kaiserlichen Familie verleben, da Prinz und Prinzessin Heinrich sich zu dieser Zeit in Kiautschou befinden. — Der bei der italienischen Regierung eingelaufene amtliche Bericht aus Alexandria lautet ganz anders als die neuliche Mittheilung der „Tribuna". Der italienische Konsul hält das Vorhandensein eines Anarchistenkomplotts gegen Kaiser Wilhelm auf das Entschiedenste aufrecht und schildert den Charakter desselben als überaus gefährlich. Die Entdeckung und Vereitelung des Mordplanes sei allein der Findigkeit der italienischen Polizei zu danken. — Der Divisionsgeneral Grumbkow-Pascha ist in besonderer Mission des Sultans von Konstantinopel nach Berlin abgereist.

Berlin. Aus Friedrichsruh wird gemeldet, Fürst Herbert Bismarck hat jetzt bestimmt, daß die feierliche Beisetzung der Leiche des Fürsten v. Bismarck in dem neuerbauten Mausoleum am Sonntag den 27. November erfolge. Bismarck's Leiche, die einbalsamirt und eingesargt ist, steht seit dem Todestage immer noch im Sterbezimmer des Schlosses, wo eine ständige Todtenwache gehalten wird. Aus dem Schlosse wird der Sarg am 27. November in feierlichem Zuge, getragen von den neun Förstern des Sachsenwalder Reviers, in das bis dahin vollendete Mausoleum überführt. Das Gebäude ist schon jetzt äußerlich vollendet und steht unter Dach. Der Abputz der Mauer ist fertig, dagegen wird an der Errichtung der hochgewölbten Kuppel, welche das ganze Gebäude krönen soll, noch gearbeitet. Der Unternehmer hat sich verpflichtet, die Gruft für die Aufnahme des Sarges bis zum 27. November fertig zu stellen, die künstlerische innere Ausschmückung des Mausoleum-Grabes wird aber erst im nächsten Frühjahr erfolgen können. Ein Gerücht will wissen, daß auch Kaiser Wilhelm zur Bestattungsfeier des Altreichskanzlers nach Friedrichsruh kommen würde.

Kiel. An der Unfallstelle des Dampfers „Treya" wird die Fahrrinne durch Baggerungen verbreitert. Nach dem heutigen Stande der Arbeiten ist anzunehmen, daß die Verbreiterung morgen früh soweit geführt ist, daß die neue Fahrrinne eine Wassertiefe von 8 Meter hat, also auch ganz tiefgehende Schiffe die Unfallstelle ungefährdet passiren können.

Wien. Das Subkomitee des Ausgleichsausschusses für die Bank- und Valutavorlage nahm Artikel 1 betr. die Aufgabe der Bank, Artikel 2 betr. die Haupt- und Zweiganstalten, sowie die Hypothekar-Kreditabtheilung nach Ablehnung aller Abänderungsanträge unverändert nach der Regierungsvorlage an. Das Subkomitee des Ausgleichsausschusses für die Berathung des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn genehmigte Artikel 4 betr. das Zollgesetz und die Zolltarife und deren Erhebung und Verwaltung, sowie die Schaffung eines neuen allgemeinen Zolltarifs bis längstens 1902, und ferner betr. die Aufhebung des Mahlverkehrs, nach Ablehnung der Abänderungsanträge unverändert nach der Regierungsvorlage.

Pest. Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident Baron Banffy erklärte, er sei nicht in der Lage, sich über die Eventualität zu äußern, falls sich die Durchführung des Ausgleichs des österreichischen Reichsraths als unmöglich erweisen sollte. Aeußerungen über derartige in Zukunft nöthigenfalls eintretende Wendungen seien namentlich mit Bezug auf die mit anderen Regierungen abgeschlossenen Verträge nicht statthaft. Im vorliegenden Falle sei eine Erklärung seinerseits umso weniger angezeigt, als die Vorlagen im Ausschusse des Reichsraths berathen würden und mit Rücksicht auf den Verlauf der Spezialdebatte im österreichischen Ausgleichsausschuß mit den österreichischen Ministerien vereinbart worden sei, daß etwaige Modifikationen sich auf das Meritum der Vorlagen nicht beziehen würden.

Pest. In einer am Mittwoch stattfindenden Generalversammlung der Stadtvertretung wird über den Antrag zahlreicher Mitglieder, den Ministerpräsidenten Baron Banffy zum Ehrenbürger der Haupt- und Residenzstadt in Anerkennung der großen Verdienste desselben um Nation, Thron, Vaterland und Hauptstadt zu ernennen, Beschluß gefaßt werden. Nach einer anderen Version erfolgt die Ernennung zum Ehrenbürger wegen der Entfernung des Hentzi-Denkmals aus Pest.

Paris. Die Kammer beschäftigte sich mit Wahlprüfungen. Zwischenfälle sind bis jetzt nicht vorgekommen. Mehrere Blätter behaupten, daß England mit Deutschland einverstanden sei, gleich bei der Rückkehr Kaiser Wilhelms nach Berlin die egyptische Frage aufzuwerfen und im Sinne Englands zu lösen. Kaiser Wilhelm werde dem Protektorat Englands über Egypten zustimmen. — Die „Petite République" veröffentlicht Einzelheiten über den Ursprung der Blanche-Telegramme. Darnach soll an dem Tage, an welchem der Ministerrath beschlossen hatte, du Paty de Clam außer Dienst zu stellen, General Zurlinden seinen Kollegen einen Bericht verlesen haben, worin die Maßregeln gegen du Paty de Clam begründet wurden. In diesem Bericht hieß es, daß du Paty de Clam der Urheber der unrichtigen Telegramme an Picquart sei, ferner, daß Oberst Henry seinen Vorgesetzten vorgeschlagen hätte, Fälschungen anzufertigen, um Dreyfus niederzuschmettern, daß aber die Vorgesetzten hierauf nicht eingegangen seien.

* **Rom.** Der „Popolo Romano" enthält unter der Ueberschrift „Komplott gegen Kaiser Wilhelm" folgende Mittheilung: Während sich vor dem Konsulatsgericht in Alexandrien die Untersuchung wegen der bekannten Thatsachen abspielt, bestätigen der Regierung zugegangene Nachrichten den Ernst der Bedeutung des Komplottes, dem die Dank dem Eifer unseres Konsulats und Dank der Unterstützung der Lokalpolizei entdeckten Bomben dienen sollten.

Bologna. Heute begann vor der hiesigen Strafkammer der Prozeß gegen Favilla und 12 Mitangeklagte wegen der Veruntreuungen in der hiesigen Filiale der Bank von Neapel. Unter den Angeklagten befinden sich der ehemalige Deputirte Cavallini, Commendatore Perrone und Coniadino, Direktor der „Agenzia Italia". Es sind 114 Zeugen vorgeladen und 22 Vertheidiger sind erschienen.

London. Die Rüstungen werden jetzt mit doppelter Energie betrieben. Wie die Korrespondenten aus den Flotten-Arsenalen melden, scheint es zweifellos, daß die gesammte britische Flottenmacht in Kriegszustand versetzt werden soll. Der Höchstkommandirende der Landtruppen der westlichen Distrikte, Generalleutnant Walker, erhielt gestern Befehl, die gesammte, unter seinem Kommando stehende Macht zu mobilisiren. Die Admiralität kauft in den großen Hafenplätzen Kohlenschiffe für den Kohlentransport nach überseeischen Stationen auf. Die Rekrutirung für die Armee wird mit allen Mitteln gefördert.

Petersburg. Die Regierung hat, wie von informirter Seite versichert wird, angeordnet, daß die sibirische Bahn spätestens 1900 bis Port Arthur fertiggestellt sein müsse. Der Bau der außerordentlich schwierigen Baikal-Ringbahn soll im Jahre 1902 begonnen werden.

Konstantinopel. Der bisherige französische Botschafter Cambon wurde vom Sultan in einstündiger Audienz empfangen, der Nachfolger Cambon's ist bisher nicht designirt; der Posten wird voraussichtlich längere Zeit unbesetzt bleiben. — Kaiser Nikolaus ließ durch Admiral Skrydlow der Bevölkerung von Rethymo seinen Dank aussprechen, weil sie am Namenstag des Kaisers, mit der Erklärung, sie wolle dem Abrüstungssystem des Kaisers entgegenkommen, freiwillig die Waffen ablieferte. — Auf Anrathen von gewisser Seite wird der Sultan gegen die Ernennung des Prinzen Georg zum Gouverneur von Kreta formell protestiren, um als Khalif die Stimmung in der muhamedanischen Bevölkerung zu beruhigen.

Die heutige **Berliner Börse** eröffnete schwach auf die englischen Rüstungen und die Lage des Geldmarktes. Auch fanden die bevorstehenden Transaktionen der Aktiengesellschaft Ludwig Löwe u. Co. an der Börse eine wenig günstige Beurtheilung. Löwe-Aktien mußten 14 bis 10 Prozent weichen. Auch die

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist doch die beste für Wäsche und Haushalt